



Mitgliederversammlung suisselemio

Strategie für die

Agrarpolitik nach 2013



26. August 2010

Manfred Bötsch, Direktor BLW



Inhalt

I. Bisherige Politik

Was haben wir mit der bisherigen Agrarpolitik erreicht?

II. Rahmenbedingungen

Wie sieht die Welt von morgen aus?

III. Strategie

In welche Richtung muss sich die Agrarpolitik weiterentwickeln?

IV. Weiteres Vorgehen

Wie gehen wir weiter?



I. Bisherige Politik

Die Reformetappen

1. Etappe Decoupling «mehr Ökologie»

1993–1998

Einführung der
nicht produktionsbezogenen
Direktzahlungen
WTO-Abkommen

2. Etappe Deregulierung «mehr Markt»

AP 2002

Abschaffung Preis-
und Absatz-
garantien
Einführung ÖLN

3. Etappe Deregulierung «Wettbewerbs- fähigkeit»

AP 2007

Aufhebung der
Milchkontingen-
tierung
Versteigerung der
Zollkontingente für
Fleisch

4. Etappe Weniger Stützung «Wettbewerbs- fähigkeit»

AP 2011

Umlagerung der
Mittel für die
Direktzahlungen
Reduktion der
Marktstützung



I. Bisherige Politik

Die Grundlage

Bundesverfassung Art. 104

¹Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

- a. sicheren Versorgung der Bevölkerung;**
- b. Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft;**
- c. dezentralen Besiedlung des Landes.**



I. Bisherige Politik

Wie haben sich die Zielbereiche entwickelt?



**Versorgungs-
sicherheit**



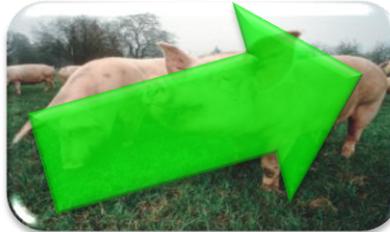
**Lebens-
grundlagen**



Kulturlandschaft



**Dezentrale
Besiedlung**



Tierwohl



**Wettbewerbs-
fähigkeit**



**Sozial-
verträglichkeit**



**Internationale
Kompatibilität**



**Reduktion der
Kosten für die
Agrarpolitik**



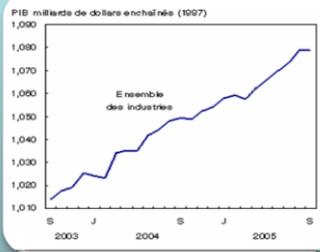
II. Zukünftige Rahmenbedingungen

Welches sind die Einflussfaktoren?

Eine sich verändernde globalisierte Welt:

- Bevölkerungsentwicklung
- Wirtschaftswachstum
- Klimawandel und Naturkatastrophen
- Ressourcen- und Rohstoffknappheit
- Technischer Fortschritt
- Weltpolitisches Kräfteverhältnis

II. Zukünftige Rahmenbedingungen 3 mögliche globale Zukunftsszenarien



Kontinuierliches Wachstum

- Wirtschaftswachstum weltweit 3-4%
- Technischer Fortschritt als treibende Kraft
- Liberalisierung der Märkte



Bewältigte Knappheit

- Ressourcen- und Rohstoffverknappung und -verteuerung
- Geringes Wirtschaftswachstum
- Staatliche Intervention und strategische Allianzen



Permanente Instabilität

- Häufige Krisen, mehr Seuchen und Katastrophen
- Ressourcenmangel und grosse Preisschwankungen
- Internationale Entsolidarisierung und soziale Unrast



III. Strategie

Ziele

Verfassungsziele gemäss Art. 104 BV

- sichere Versorgung der Bevölkerung
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft
- dezentrale Besiedlung

→ aktuell als Zielsystem

→ politisch breit abgestützt



III. Strategie

Hauptstossrichtung

- Stabile Nahrungsmittelproduktion sicherstellen
 - Internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern
- Natürliche Ressourcen effizient nutzen
 - Nachhaltigen Konsum fördern
- Vielfältigkeit im ländlichen Raum stärken
 - Sozialverträglichkeit gewährleisten
- Unternehmerischen Spielraum erweitern
 - Innovation, Forschung und Wissenstransfer verbessern



III. Strategie

Mittelfristige Strategie

Markterfolg durch Nachhaltigkeit

1. Konsequente **Optimierung der bisherigen Agrarpolitik** auf der Grundlage von Artikel 104 BV
2. Schrittweise **Weiterentwicklung** der heutigen Agrarpolitik **in Richtung einer integralen Politik für die Land- und Ernährungswirtschaft**



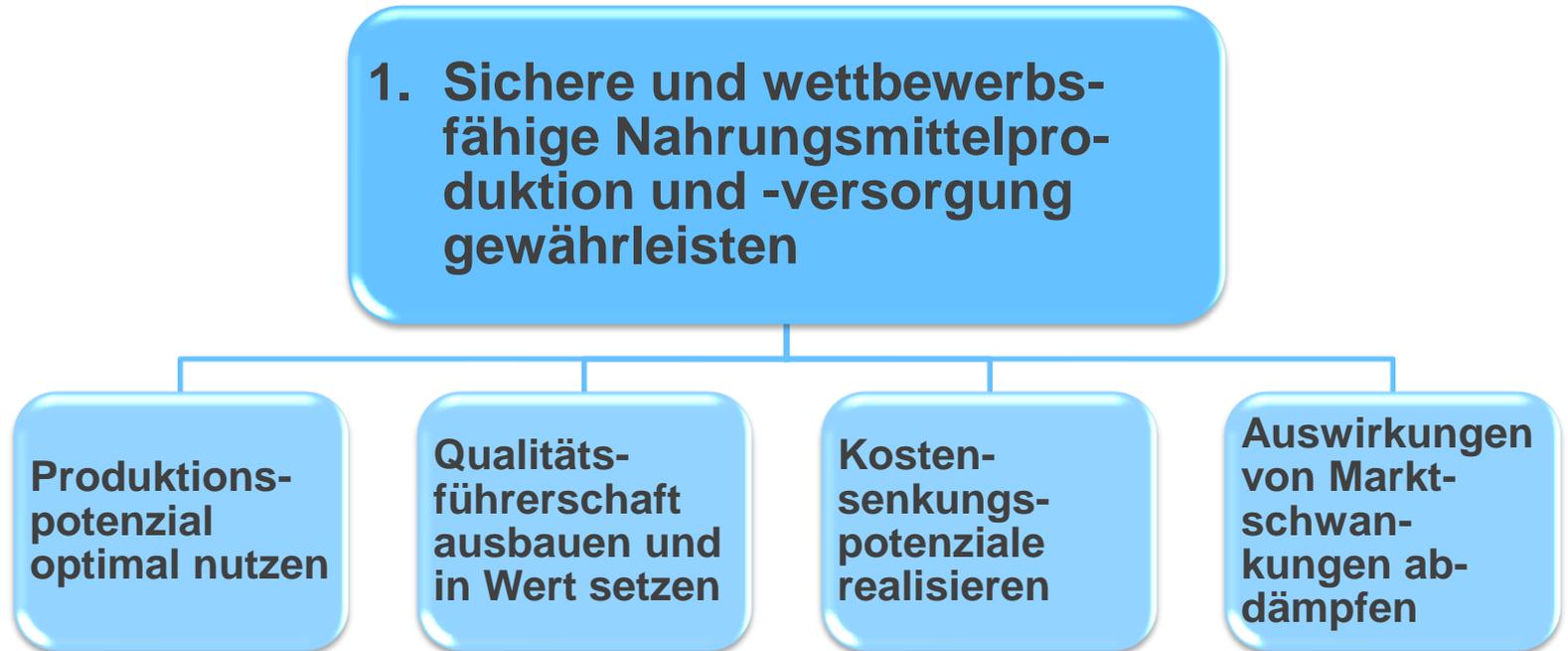
III. Strategie Die Schwerpunkte





III. Strategie

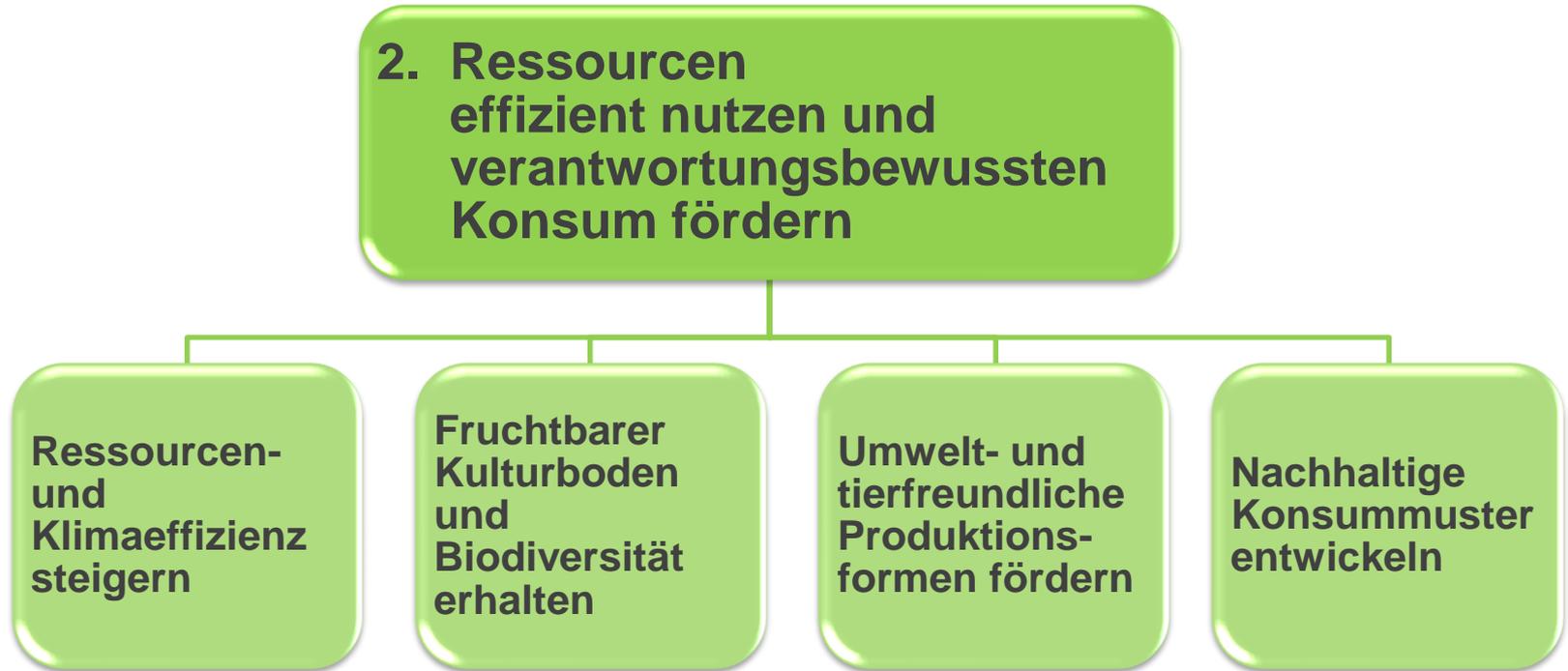
Die Strategieelemente





III. Strategie

Die Strategieelemente





III. Strategie

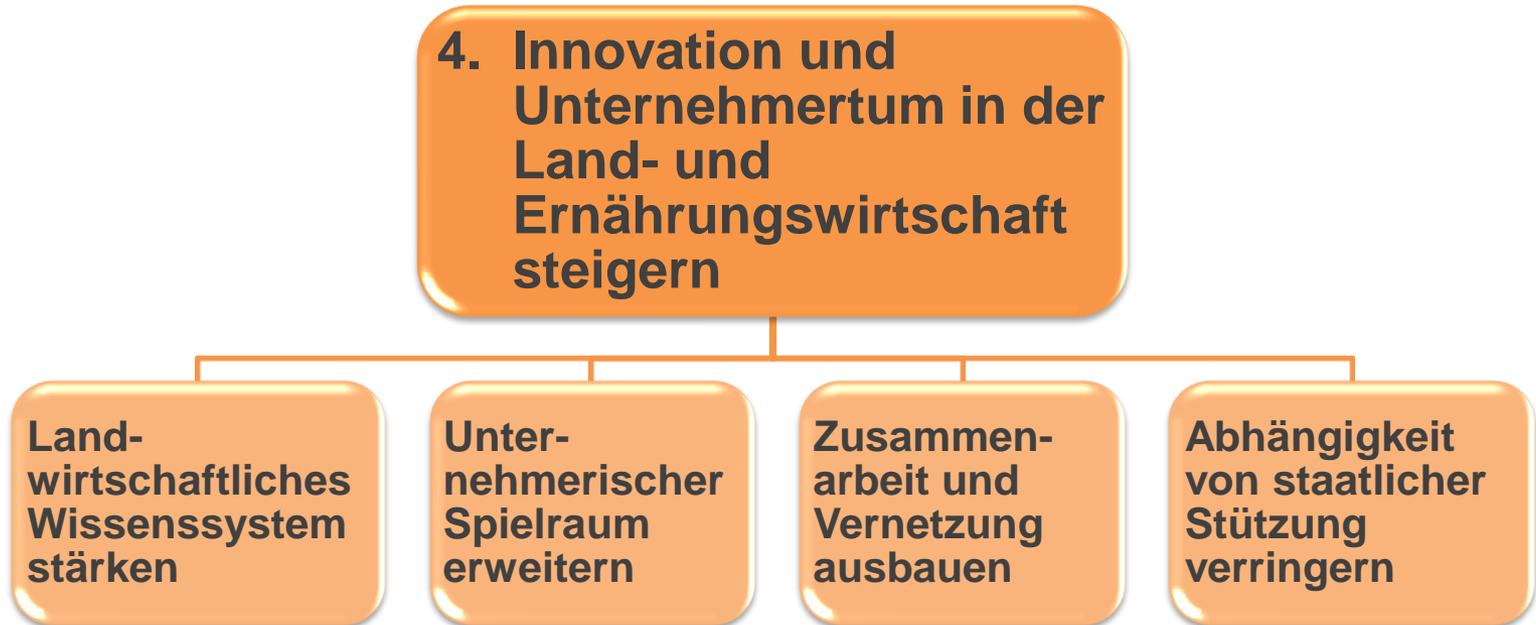
Die Strategieelemente





III. Strategie

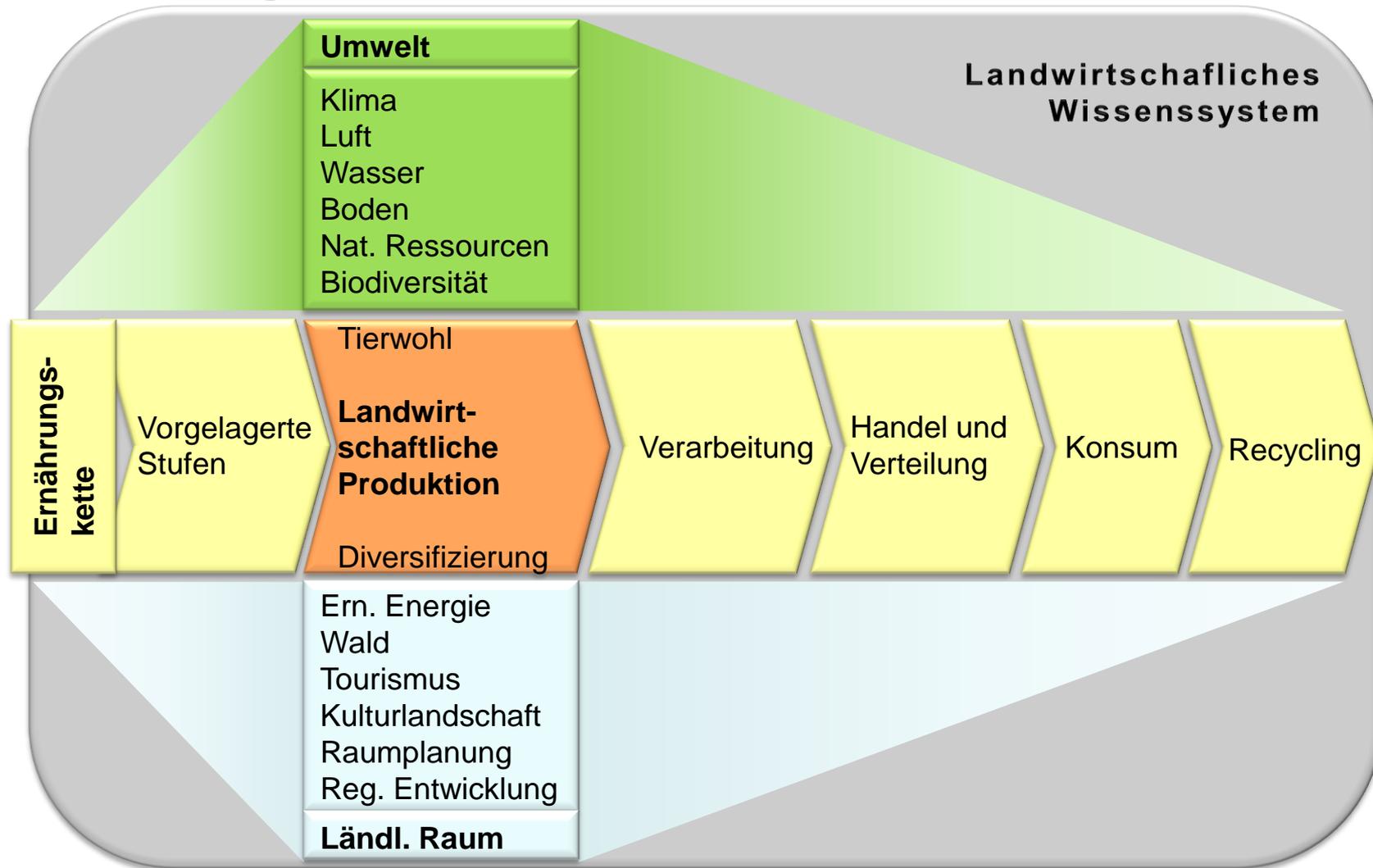
Die Strategieelemente





III. Strategie

Ein integraler Ansatz





IV. Weiteres Vorgehen Nächste Schritte

Strategie 2025

Zahlungs-
rahmen 2012/13

Strategie 2025
«AP 2014/17»

Strategie 2025
«AP 2018/21»

Strategie 2025
«AP 2022/25»

- Vernehmlassung: 2. Quartal 2011
- Botschaft: 4. Quartal 2011
- Parlament: 2012
- Inkrafttreten: ab 2014